

Beschlussentwurf für den Landesvorstand am 13. Oktober 2021

Aufnahme von Koalitionsgesprächen

Der Landesvorstand möge beschließen:

1. Die SPD Mecklenburg-Vorpommern hat mit 39,6 Prozent der Zweitstimmen die Landtagswahl vom 26. September 2021 deutlich gewonnen und als stimmenstärkste Partei den klaren Auftrag der Wählerinnen und Wähler zur Regierungsbildung erhalten.
2. Zur Umsetzung dieses Regierungsauftrages ist die Bildung einer Koalition mit einer verlässlichen und stabilen Mehrheit notwendig.
3. Der Landesvorstand beschließt auf Basis der Empfehlungen der Sondierungsgruppe und des Geschäftsführenden Landesvorstands, dass mit der in den Landtag gewählten demokratischen Partei DIE LINKE Koalitionsgespräche geführt werden sollen, um die Grundlage für eine von Verlässlichkeit, Stabilität und Geschlossenheit getragene Landesregierung zu bilden, bei der die Gestaltung der Zukunft Mecklenburg-Vorpommerns im Vordergrund stehen soll. Es soll einen gemeinsamen Aufbruch 2030 geben mit dem notwendigen Dreiklang aus starker Wirtschaft, sozialem Zusammenhalt mit verstärkter Jugendbeteiligung und ökologischer Verantwortung auf einer soliden finanziellen Basis.
4. Der Landesvorstand ist der Auffassung, dass eine Koalition mit der Partei DIE LINKE die größtmöglichen Schnittmengen bilden kann und die beste Verlässlichkeit und Stabilität bietet, um die für die SPD zentralen politischen Schwerpunkte umzusetzen. Die Verhandlungen sollen auf den Ergebnissen der Sondierungen aufbauen, in denen sich SPD und DIE LINKE auf die folgenden Schwerpunkte der gemeinsamen Arbeit verständigt haben:

Starke Wirtschaft, gute Arbeit mit guten Löhnen sowie flächendeckende Infrastruktur:

Umsetzung des in der vergangenen Wahlperiode erarbeiteten Industriekonzepts.

Ausbau der erneuerbaren Energien und einer klimaneutralen Wasserstoffwirtschaft.

Zustimmung zu einem Mindestlohn von 12 Euro, wenn dieser im Bund entschieden wird.

Erneuerung des Vergabegesetzes für öffentliche Aufträge zu einem Tariftreuegesetz mit Einführung eines Nachhaltigkeitsfaktors.

Stärkung des Tourismus: Mehr Qualität statt Quantität.

Umsetzung der digitalen Agenda mit flächendeckend schnellem Internet und Mobilfunk.

Sozialer Zusammenhalt:

Gute Kita: Weiter kostenfreie Kita mit mehr Erzieherinnen und Erziehern und kostenlosem Ferienhort.

Gute Bildung: MV Schulpaket „besetzen, sichern, erweitern“ mit zusammen 1.000 Stellen in Schule und Berufsschule.

Einführung eines aktiven Wahlalters ab 16.

Einführung eines landesweiten Rufbussystems vorrangig mit CO₂-freien Rufbussen.

Einführung eines landesweiten Seniorentickets nach dem Vorbild des Azubi-Tickets.

Erhalt aller Krankenhausstandorte auch im ländlichen Raum.

Klima- und Umweltschutz:

Einführung eines MV-Klimaschutzgesetzes.

Weitere Wald-Aufforstung in MV.

Solide Finanzen als festes Fundament:

Einhaltung der verfassungsrechtlichen Schuldenbremse.

Haushaltsausgleich ohne neue Schulden.

Tilgung der für den MV Schutzfonds aufgenommenen Kredite ab 2025.

Nutzung der begrenzten Haushaltsspielräume für klar definierte politische Schwerpunkte.

Kommunale Ebene stärken:

Weitere Unterstützung der kommunalen Ebene.

Überprüfung zentraler Regelungen des FAG wie der Investitionspauschale und der Zuschläge für die Grundzentren sowie darüber hinaus des Ko-Finanzierungsfonds im anstehenden Kommunalgipfel, um die Finanzausstattung der kommunalen Ebene weiter zu sichern.

Damit kann die SPD zentrale Wahlaussagen aus ihrem Regierungsprogramm für die Menschen im Land in die Praxis umsetzen. Weitere zentrale Themen werden in den Koalitionsverhandlungen vertieft.

5. Der Landesvorstand beauftragt die Landesvorsitzende Manuela Schwesig, den stellvertretenden Landesvorsitzenden Christian Pegel und den Vorsitzenden der Landtagsfraktion Thomas Krüger damit, die Koalitionsverhandlungen zu führen und einen Protokollanten zu benennen.
6. Der Landesvorstand bittet die Verhandlungsleitung, für die Erarbeitung des Koalitionsvertrags thematisch abgegrenzte Arbeitsgruppen zu bilden, die jeweils von einer/m Parteimitglied mit Regierungserfahrung aus der Landesregierung und aus der Fraktion geleitet werden und in denen darüber hinaus drei Vertreter/innen aus der Partei und zwei weitere Vertreter/innen aus der Fraktion mitarbeiten. Die konkreten Personen sollen vor Beginn der Koalitionsgespräche festgelegt werden.

7. Der Landesvorstand wird zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen einen außerordentlichen Parteitag einberufen, auf dem über den Koalitionsvertrag und die Bildung einer neuen Landesregierung für die 8. Legislaturperiode entschieden werden soll.